

Preistreiber Energiewende

[NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen \[2\]](#)

NAEB 2210 am 8. Mai 2022

Die steigenden Energiepreise sollen durch den schnellen Ausbau von Windanlagen und Solaranlagen gebremst werden. Doch Windstrom und Sonnenstrom treiben die Kosten zusätzlich in die Höhe.

Die BRD hatte bereits vor dem weltweiten Anstieg der Energiekosten in 2021 die höchsten Strompreise in Europa, verursacht durch Steuern und weitere gesetzliche Abgaben. Der Staat beansprucht bei Strom und Treibstoffen mehr als die Hälfte des Verkaufspreises, bei Heizgas etwa 30 Prozent. Ein wesentlicher Teil der Abgaben solle die Energiewende vorantreiben. Ziel der Energiewende sei es, die Versorgung vollständig auf die sogenannten regenerativen Energien Wasserkraft und Biomasse, Wind und Sonne umzustellen. Ist das möglich und bezahlbar?

Eine Überschlagsrechnung zeigt, dass mit Wasserkraft und Biomasse nur ein Bruchteil des Strombedarfs der BRD gedeckt werden kann. Regenmengen und Fallhöhen reichen nur für wenige Prozent der benötigten elektrischen Energie. Das gilt auch für die nachwachsende Biomasse. Es können maximal fünf Prozent der Heizungen mit Holzpellets betrieben werden. Ein Mehrbedarf wird heute bereits importiert. Windanlagen und Solaranlagen könnten den Jahresstrombedarf decken, wenn die Zahl der Anlagen verdreifacht wird. Doch selbst unendlich viele liefern niemals die benötigte Leistung zur rechten Zeit.

Teurer Wind- und Solarstrom

Der unregelbare Windstrom und Solarstrom sind viermal teurer als der planbare und regelbare Strom aus Kraftwerken. Dieser wetterwendische Strom mit schnell wechselnden Leistungen kann kein stabiles Stromnetz aufbauen und auch keinen einzigen Haushalt mit Strom versorgen, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint. Politiker und Profiteure versichern aber ständig, dass dies möglich sei. Das ist eine Täuschung der Verbraucher. Daher bezeichnet der Stromverbraucherschutz NAEB diesen Strom zu Recht als Fakepower (Fake = Täuschung). Mit jeder zusätzlichen Fakepower-Anlage muss der Strompreis weitersteigen.

Dies dürfte auch der Bundesregierung und den übrigen Politikern bekannt sein. Die Energiewende muss neu bewertet werden. Die Kosten müssen offengelegt werden, statt sie zu verschleiern. Die „Umbuchung“ der Umlage nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) von den Stromverbrauchern zum Staatshaushalt ist dafür ein Beispiel. Die Stromrechnung sinkt. Dafür steigen die Steuern. Leitmedien feiern diesen Trick, der eine Täuschung ist, als Entlastung der Bürger.

Die Energiewende der BRD kostet deutlich mehr als 50 Milliarden Euro jährlich, wenn man zu der EEG-Umlage den hohen Regelungsaufwand für die schwankenden Fakepower-Leistungen, die CO₂-Bepreisung, die steigenden Netzkosten für neue Trassen und den Verwaltungsaufwand in Bund, Ländern und Gemeinden für die Energiewende addiert. Das sind jährlich rund 600 Euro pro Einwohner. Diese Kosten werden in der angespannten Lage im Frühjahr 2022 durch den beschleunigten Ausbau von Fakepower-Anlagen noch weiter steigen. Mit diesen Plänen soll das Weltklima gerettet und die BRD von Energieimporten unabhängig gemacht werden. Doch das ist unmöglich.

Die BRD muss Energie importieren

Die BRD könnte zwar mit Fakepower-Anlagen, Biomasse und Wasserkraft zu riesigen Kosten ihren Strombedarf decken. Dazu müssten große Speicher und neue Stromtrassen finanziert werden. Aber für den gesamten Energiebedarf, also auch für Heiz- und Treibstoffe, sind die Flächen zu klein. Die BRD ist auf die Energie aus Kohle und Erdöl, Erdgas und Kernbrennstoffen angewiesen. Eigene Braunkohle ist noch für Jahrzehnte verfügbar. Ihre Nutzung sollte ausgeweitet werden, statt sie einzustellen. Die anderen Energieträger müssen weitgehend importiert werden, weil die im Land wirtschaftlich ausbeutbaren Vorkommen unzureichend sind. Es ist eine Träumerei zu glauben, die BRD könne ihre gesamte Energieversorgung auf Fakepower umstellen.

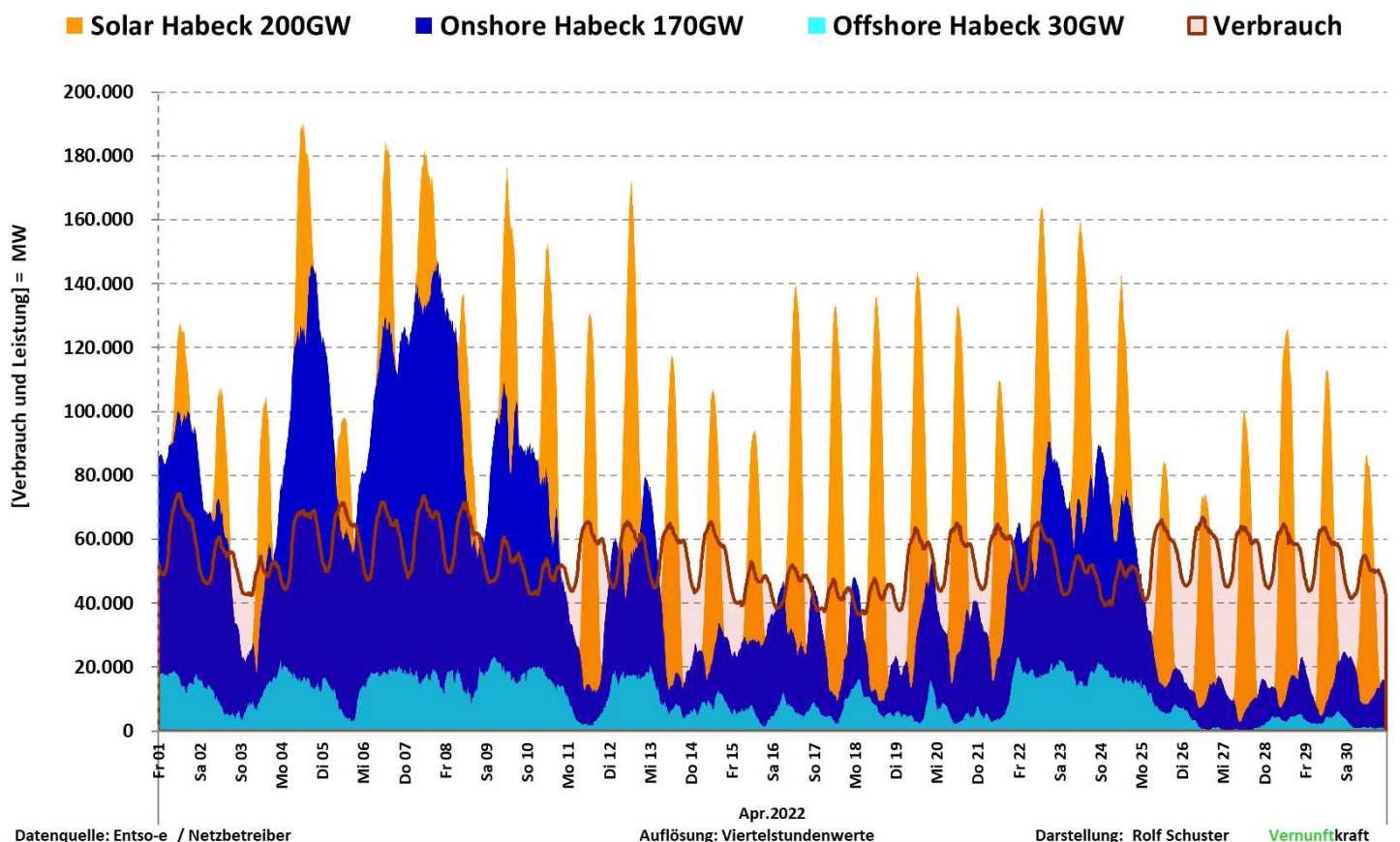
Fakepower erhöht den Energiebedarf und die CO₂-Emissionen

Der weitere Ausbau der Fakepower-Anlagen benötigt Energie. Er erhöht die Kosten und die CO₂-Emissionen. Eine Windkraftanlage mit einer installierten Leistung von drei Megawatt (MW) kostet drei Millionen Euro. Für die Wertschöpfung von einem Euro müssen zwei Kilowattstunden (kWh) Primärenergie aufgewendet werden. Für die Stahlherstellung und die Zementherstellung werden Kohle und Erdgas gebraucht. Die Basis für Kunststoffflügel ist Erdöl. Der Bau einer Drei-MegaWatt-Anlage benötigt nach dieser Relation sechs Millionen kWh Primärenergie. Das entspricht 650 Tonnen Kohle, 550 Tonnen Erdöl oder 600.000 Kubikmeter Erdgas. Damit könnten 300 Wohnungen ein Jahr beheizt werden. Für Solaranlagen sind Kosten und Energieaufwand vergleichbar hoch.

Der Bau neuer Anlagen wird mit vermeintlich notwendiger Weltklimarettung begründet. Für die Stromversorgung selbst ist er überflüssig, denn die volle Netzleistung können jederzeit die regelbaren Kraftwerke übernehmen. Es sind also überflüssige und kostentreibende Investitionen, deren Bau viel Energie verbraucht.

Nach den Plänen von Bundeswirtschaftsminister Habeck sollen die Windanlagen und Solaranlagen mehr als verdreifacht werden, von 120.000 auf 400.000 Megawatt. Die geplanten neuen Anlagen mit 280.000 MW installierter Leistung verschlingen 560 Milliarden kWh Primärenergie. Das sind etwa 15 Prozent des Energiebedarfs eines Jahres. Die Kosten für diesen Ausbau liegen bei 280 Milliarden Euro, 3.500 Euro pro Einwohner. Das sind acht Prozent des Bruttoinlandsproduktes oder das vierfache des Verteidigungsetats. Darüber hinaus werden die Kohlenstoffdioxid(CO₂)-Emissionen erhöht. Das politische Ziel, CO₂ zu reduzieren, scheitert mit diesen Ausbauplänen.

Keine sichere Stromversorgung durch geplanten Fakepower-Ausbau



Kühne Solarfantasien von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, die wie Seifenblasen platzen [1]

Rolf Schuster von Vernunftkraft hat eine Vorschau der verfügbaren Leistungen nach dem geplanten Ausbau angefertigt. Die braune Linie gibt die benötigte Netzlast an. Die hellbraunen Bereiche sind die Leistungen der Regelkraftwerke. Auf den ersten Blick sollten die überschüssigen Strommengen (Leistung x Zeit) ausreichen, um die Regelkraftwerke zu ersetzen. Dazu ist aber eine Stromspeicherung erforderlich. Die ist teuer und verursacht erhebliche Energieverluste. Die Wiederverstromung von Wasserstoff aus Fakepower liefert nur 20 Prozent des eingesetzten Stromes. 80 Prozent gehen verloren. Für die Erzeugung von Wasserstoff aus dem Überschussstrom müssten riesige Elektrolysen mit einer Leistung von 100.000 MW gebaut werden, die nur einen Bruchteil des Jahres laufen. Das sind große Investitionen, deren Bau viel Energie erfordert. Die hohen Speicherverluste dürften zu einem Mangel an Regelstrom führen.

Viele Metalle fehlen

Eine Studie der belgischen Katholieke Universiteit Leuven stellt fest: „Die Energiewende wird auch einen weitaus größeren jährlichen Bedarf an Aluminium (30 % des heutigen Verbrauchs in Europa), Kupfer (35 %), Silizium (45 %), Nickel (100 %) und Kobalt (330 %) erfordern, die alle für Europas Pläne zur Herstellung von Elektrofahrzeugen und Batterien, erneuerbaren Wind-, Solar- und Wasserstofftechnologien sowie der für die Klimaneutralität erforderlichen Netzinfrastuktur unerlässlich sind. Das heißt, die Energiewende wird zu stark steigenden Metallpreisen führen und am Mangel benötigter Metalle scheitern.“

Schluss mit der Energiewende

Die derzeitige Energiepolitik müsste auf das Einsparen von Energie und Kosten ausgelegt sein. Dazu gehört auch das Ende der CO₂-Bepreisung, die die Stromkosten direkt und indirekt kräftig nach oben treibt. Doch davon ist keine Rede. Die Steuer auf Brennstoffe und Treibstoffe soll sogar planmäßig im nächsten Jahr weitersteigen. Eine nachhaltige Kostensenkung kann nur erreicht werden, wenn die Energiewende aufgegeben wird. Die Energieversorgung sollte wieder weitgehend dem freien Wettbewerb überlassen werden.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: vernunftkraft-de_Rolf-Schuster_Habeck-Fantasie.jpg

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

